

20 Jahre Zukunftsforum



**Nie war es
wichtiger als
zukünftig!**

**Auf die
nächsten 20
Jahre also...**



- **20 Jahre Zukunftsforum, das waren 20 Jahre Solidarität**
 - **20 Jahre lang „über den Tellerrand hinausblicken“**
 - **20 Jahre Meinungsstreit, Gemeinsamkeit und Freundschaft**
 - **20 Jahre gemeinsam diskutieren - gemeinsam handeln**
- betriebsübergreifend • gewerkschaftsübergreifend • parteiübergreifend •
• organisationsübergreifend • länderübergreifend •**

Sybillle Stamm

„Das Zukunftsforum wird 20 Jahre jung- Geburtsfeier mit Rückblick und Ausblick“
am 9.11.2022 im Clara-Zetkin- Haus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Helmut Schauer hat uns zum 10-jährigen Geburtstag am 22.9.2001 gratuliert und warnend darauf hingewiesen, dass das Kind jetzt in die schwierige Phase der Pubertät kommt.

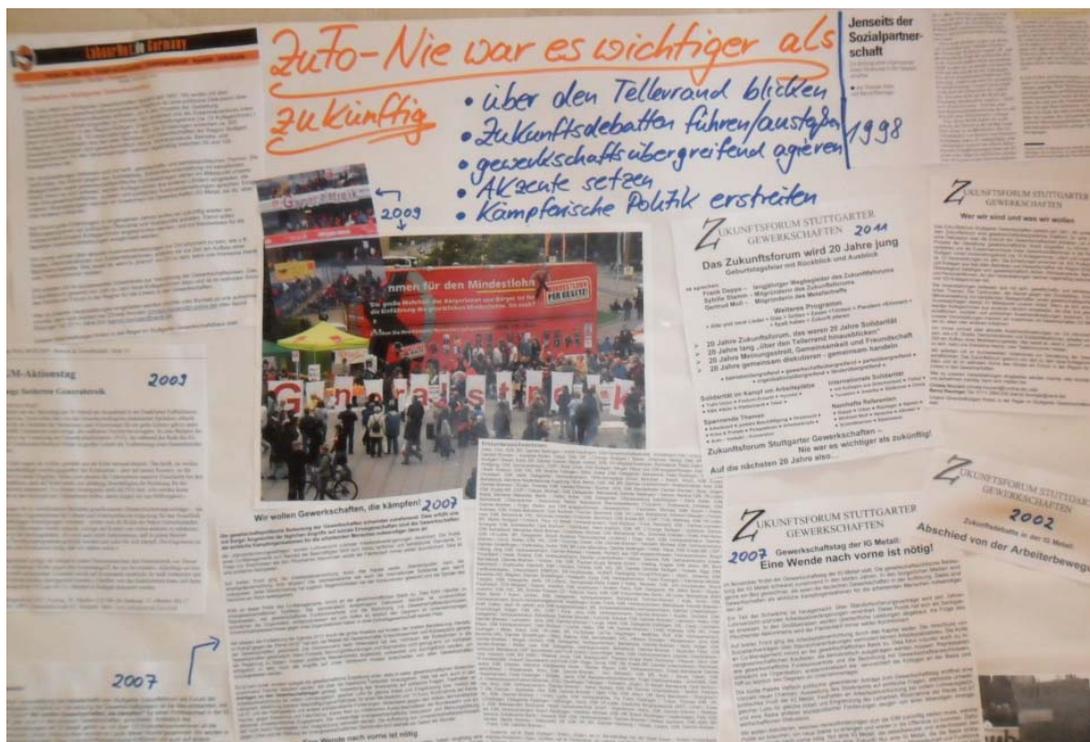
Unser Kind, das Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften, ist jetzt 20 Jahre alt geworden und längst volljährig. Wer hätte das bei seiner Geburt am 5.Juni 1991 gedacht.

Es ist in der Umbruchzeit nach der Wende geboren und hat alle Phasen dramatischer gesellschaftlicher Entwicklungen durchlebt, kritisch begleitet und wo immer es ging, aktiv eingegriffen. Ich nenne nur wenige Stichworte: die neue große Bundesrepublik, Tarifkämpfe, den Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, den Irrweg des „Bündnisses für Arbeit“, betriebliche Kämpfe, internationale Verwerfungen durch die Globalisierung, Arbeitskämpfe in Frankreich, Südkorea, der Generalstreik in Dänemark, Kämpfe gegen Sozialabbau, Rentenkürzungen und Arbeitszeitverlängerung bis hin zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Immer haben wir uns eingemischt.

Das Kind ist erwachsen geworden, selbstbewusst, stolz, widerständig und immer bereit, mitzumachen und mitzukämpfen, wenn es um ökonomische oder soziale Gerechtigkeit und gegen die Obrigkeit in den Betrieben, der Gesellschaft und manchmal auch im eigenen Laden geht.

Was können sich „Eltern“, von denen nicht wenige hier im Saal sitzen, Besseres wünschen?

Wir gratulieren dem Zukunftsforum, unserem Zukunftsforum zum 20. Geburtstag voller Hoffnung, dass es noch viel älter wird, ohne das Erkenntnisinteresse und den Kampfgeist zu verlieren!



Ich erinnere mich noch gut an unsere Startphase. Wir wurden kritisch beäugt – vom DGB und der IG Metall, die ja damals noch davon überzeugt war, den linken Flügel der Gewerkschaften in Stuttgart für sich gepachtet zu haben...

Jürgen Stamm hat mir dieser Tage erzählt, dass es Diskussionen in der IG Metall darüber gab, ob man dieses Zukunftsforum bekämpfen müsse, ob man es zulassen dürfe oder ob nicht eine „Fraktionierung“ in den Stuttgarter Gewerkschaften drohe.

Ich weiß, dass jede Spaltung der Gewerkschaftsbewegung historisch und aktuell unverzüglich vom Gegner bestraft wird und uns schwächt.

Aber wir wollten gerade nicht fraktionieren. Wir wollten einen „Raum“ schaffen, in dem über den gewerkschaftlichen Alltag hinaus Menschen aller Gewerkschaften und linken politischen Strömungen sich verständigen und strategisch-politisches Denken wie auch Konzepte für praktisches Eingreifen gemeinsam entwickeln können.

Wir wollten eine Plattform schaffen, auf der aktive GewerkschafterInnen sich, über den Tag hinaus denkend, auseinandersetzen und perspektivisch Ideen entwickeln können, die den gewerkschaftlichen Alltag sprengen und darüber hinausgehen. Das haben wir auch geschafft. Niemals war unsere Absicht – wie durchaus hier und dort unterstellt, ein Netzwerk gegen die Gewerkschaftsführungen in Stuttgart aufzubauen. Manchmal sagte unser alter Weggefährte Theo Bergmann: „Daran sind die Gewerkschaftsführungen schuld“ oder so ähnlich. Und dann guckten Bernd Riexinger und ich uns immer etwas verunsichert und erstaunt an und sagten: „Aber wir sind doch Gewerkschaftsführung...“ Eigentlich wäre das, was wir vor 20 Jahren initiiert haben, Aufgabe des sich in BaWü links definierenden DGB gewesen – nämlich gewerkschaftsübergreifend und parteiübergreifend eine Plattform für politische Auseinandersetzungen über wichtige betriebliche und gesellschaftspolitische Themen zu schaffen. Das ist nicht geschehen.

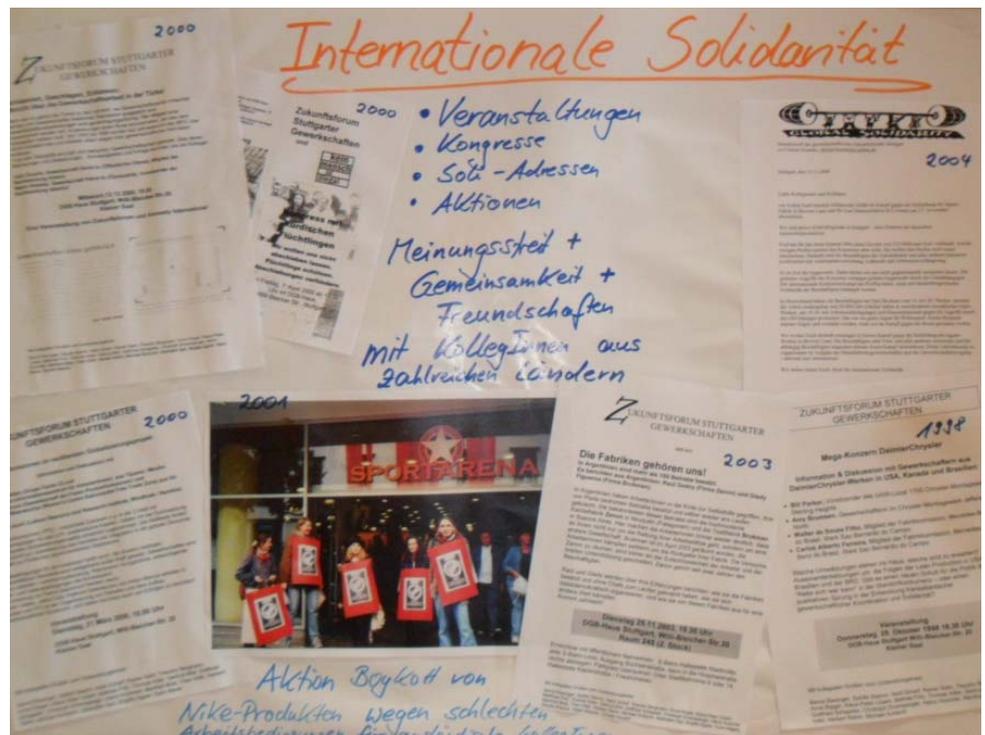
Auch deshalb haben wir damals die Initiative mit der Gründung des Zukunftsforums ergriffen und diesen notwendigen Diskursraum erfolgreich geschaffen.

Es ist ein natürlicher und notwendiger Prozess, dass sich Linke in den Gewerkschaften zusammenrotten, austauschen und Einfluss nehmen. Das ist in der BRD so alt wie die Gewerkschaftsbewegung.

Ich weiß, dass es Diskussionen und Bestrebungen von Zwickel, Eisenmann und Jürgen Stamm gab, ein Forum zu schaffen, um jenseits des gewerkschaftlichen Alltags und der Beschlusslage über Gesellschaft erkenntnisgeleitet nachzudenken.

Leider ist es dazu nie gekommen. Und es wäre und ist doch so wichtig und notwendig.

Helmut Schauer hat auf unserem 10. Geburtstag 2001 vor dem theoretischen

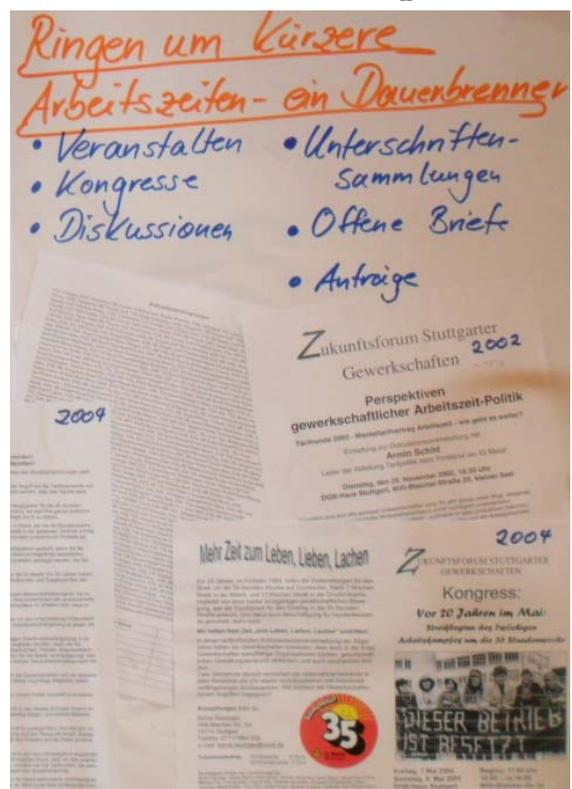


und utopischen Verfall der Gewerkschaften gewarnt und das Zukunftsforum ermuntert, weiterzumachen. Er mahnte an, über das Kerngeschäft der Betriebs- und Tarifpolitik hinaus sich in die Gesellschaft einzumischen. Er sagte:
 „Die deutschen Gewerkschaften sind ... auf dem Weg, zu bloßen und schwächer werdenden Regulationsinstanzen ohne eigene gesellschaftspolitische Position zu werden – und das bei einer Ökonomie, die sie destruiert und leicht in den Abgrund mitreißen kann. Sie haben in diesem Jahrzehnt des Umbruchs und Zerfalls wohlfahrtskapitalistischer Positionen und Strukturen wenig für die Erneuerung ihres politischen Selbstverständnisses und ihrer Perspektive zu tun vermocht.
 Identitäts- und stabilitätsstiftendes politisches Selbstbewusstsein lässt sich nur in der Auseinandersetzung mit den großen entscheidenden Fragen der Zeit gewinnen.“ Das kommt uns bekannt vor. Der Rückzug nur auf das sogenannte „Kerngeschäft“, der Betriebs- und Tarifpolitik – so wichtig und unentbehrlich diese Bereiche für die Gewerkschaften sind - bedeutet gleichzeitig den Verzicht auf gesellschaftlich notwendige Intervention.

Wenn man der thematischen Teilung der politischen Strömungen in der Einheitsgewerkschaft folgt, zählen wir uns zum linken, zum sozialistischen Flügel. Ich liebe – nicht immer, aber oft- die Diskussionskultur im Zukunftsforum. Gewohnt an Ausgrenzungen (weil zu links) im Gewerkschaftsapparat bei abweichenden Meinungen, haben wir auf unseren Veranstaltungen ein hohes Maß an Toleranz gegenüber Andersdenkenden entwickelt – auch wenn's manchmal schwerfällt, Sektierertum und Dogmatismus zu ertragen- aber zunehmend waren und sind unsere Diskussionen am Erkenntnisinteresse orientiert. Man hört sich zu, bezieht sich aufeinander. Trotz aller inhaltlichen Unterschiede gibt es keine Ausgrenzungen. Das ist wichtig und auf diese Entwicklung können wir stolz sein!

Es ist nicht der Raum und wohl auch nicht sinnvoll über die Vielzahl unserer Veranstaltungen im Einzelnen zu berichten – ich habe es überschlagen – in den 20 Jahren waren es mehr als 150. Unsere Schwerpunktthemen Tarifpolitik, Sozialpolitik, Internationale Solidarität, Gewerkschaftsstrategien und immer wieder das Thema Zeit. Eindrucksvoll unser großer Kongress „Arbeit-Leben-Zeit“ am 27.1.2001 im Stuttgarter Gewerkschaftshaus.

Wir waren es, die 2004 eine bunte, nachdenkliche und kämpferische Veranstaltung mit Detlef Hensche und Zeitzeugen „20 Jahre 35 Stunden-Woche“, initiierten mit unserem eindrucksvollen Frauen-Rep: Wir wollen 5 Stunden mehr für Liebe und Verkehr“. Wir haben wesentliche Impulse zum DGB-Grundsatzprogramm auf dem Bundeskongress 1996 in Dresden gegeben. Auftakt war eine Veranstaltung mit unserem Wegbegleiter Frank Deppe unter dem Titel frei nach DGB-Vorsitzendem Schulte – Anpassen oder untergehen – am 15.11.1995 in Stuttgart. Nicht zu vergessen der große Kongress „Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit und Deregulierung“ im November 1997, der vom DGB und allen Einzelgewerkschaften unterstützt wurde. Wir ergriffen die Initiative für eine große Solidaritätsveranstaltung –



unterstützt von IGM und IG Medien im Februar 1997 über den Streik in Südkorea.

Und wir waren treibender Motor bei der Initiative für die Vernetzung der Gewerkschaftslinken 2000. Der erste Jahreskongress fand in Stuttgart statt und wurde von uns organisiert.

Unser Zukunftsforum war Beispiel für viele Zukunftsforen, die sich in Böblingen, Hannover, Mannheim, Nürnberg, Gelsenkirchen und anderswo bildeten. Insofern können wir uns mit Recht als „Vorhof“ für die bundesweite Vernetzung der Linken in den Gewerkschaften bezeichnen.

Immer war und ist das alte Motto der IG Metall Bildungsarbeit für uns leitend gewesen: Theorie ist der Kompass für die Praxis. 1997 gab es die berühmte Bildungsreihe zur Kritik der politischen Ökonomie.

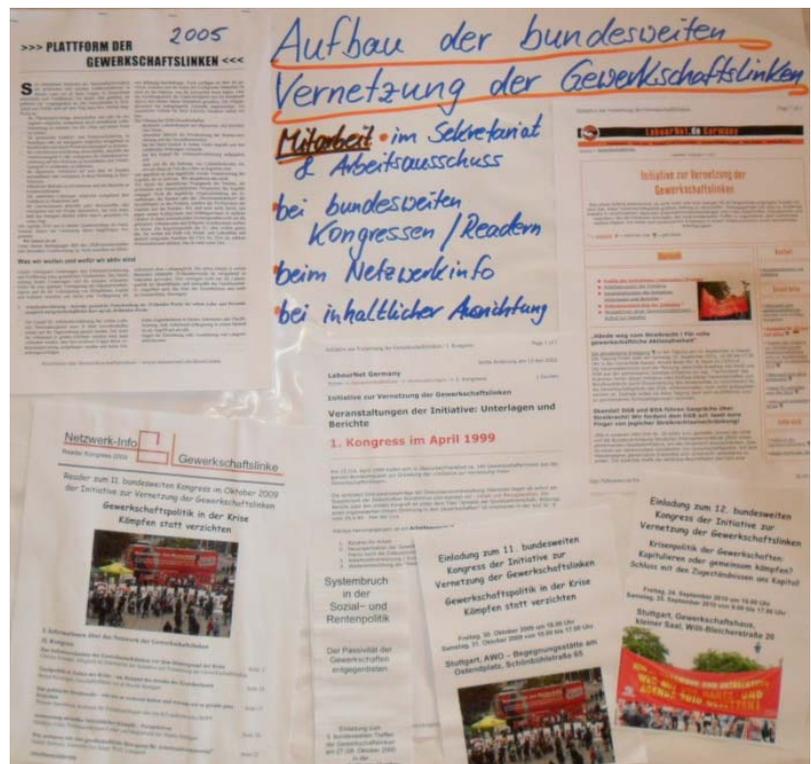
Viele linke Intellektuelle haben uns begleitet, mehr oder weniger verholten zu Klarheit und neuen Erkenntnissen, immer auf der Suche nach dem richtigen Weg, der Präzisierung unserer Ziele und Strategien.

Eine große Stärke des Zukunftsforums ist die praktische Orientierung – immer dabei national und international bei betrieblichen Kämpfen – Behr und KBA sind ein gutes Beispiel. Immer dabei in den Tarifausschreibungen, im Streik der Kommunalbeschäftigten gegen Arbeitszeitverlängerung, im Einzelhandelsstreik, im Erzieherinnenstreik, im Kampf gegen S 21.

Das ist vielleicht die große Kunst der Politik – die Tageskämpfe mit der Utopie einer Kapitalismus überwindenden Strategie zu verbinden. Rosa Luxemburg nennt es in ihren Ausführungen zur revolutionären Realpolitik so: Die Spannung zwischen Weg und Ziel, zwischen politischen Tagesaufgaben und dem, worum es sich perspektivisch zu streiten lohnt, muss in praktische, theoretisch begründete Politik transformiert werden. Davon sind die Gewerkschaften derzeit leider weit entfernt.

Die mich länger kennen, kennen auch eines meiner Lieblingsbilder, um die Notwendigkeit gesellschaftlicher Utopien zu transportieren. Antoine de Saint Exupery sagt es so: „Wenn du ein Schiff bauen willst, dann trommele nicht Menschen zusammen und verteile Aufgaben, sondern lehre die Menschen die Sehnsucht nach dem großen weiten Meer.“ Es geht um die Sehnsucht nach einer anderen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – wie Willi Bleicher es einmal genannt hat - als treibender Motor für praktisches, widerständiges Handeln.

Auch dafür brauchen wir das Zukunftsforum heute mehr denn je. Hoffentlich können wir unserem Geburtstagskind auch nach den nächsten 10 Jahren zum Erfolg gratulieren!



Gertrud Moll

Geschichte des Metallertreffs

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich habe es übernommen, zur Geschichte des Metallertreffs im Zukunftsforum einiges zu erzählen.



Für den Metallertreff gibt es eine Vorgeschichte, die viel weiter zurückgeht als das Zukunftsforum. Natürlich haben sich die linken Metaller und Metallerinnen in Stuttgart immer mal aus verschiedenen Anlässen getroffen. Damit meine ich diejenigen, die sich mit der meist beherrschenden, sozialpartnerschaftlichen Politik in ihren Betriebsräten und Vertrauenskörpern nicht zufrieden gaben, sondern eine Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber vom Standpunkt der Interessengegensätze her wollten und von der Ortsverwaltung dafür mehr Impulse erwarteten. Berührungspunkte unter den Linken gab es z.B. neben den offiziellen Veranstaltungen der IG Metall auch über die Betriebsseelsorge sowie die linken Parteien und Gruppen. Und es gab einen parteiunabhängigen Metallerstammtisch, der sich über die Jahre hin in verschiedenen Lokalen getroffen hat, zum Beispiel im „Deutschen Haus“ in der Duisburger Straße in der Neckarvorstadt. Dieser Stammtisch ist als direkter Vorläufer zum heutigen Metallertreff zu sehen. Bei den Aktionen gegen die Stilllegung der Trafo Union in Cannstatt im Frühjahr 1985 beteiligten sich zum Beispiel auch Kollegen des Metallerstammtischs. Ich freue mich sehr, dass unser Veteran aus diesem Kampf, Heinz Hummler, heute bei uns ist, er war der Betriebsratsvorsitzende von der Trafo Union.

Wenn sozialdemokratisch beherrschte Vertrauenskörper einiger Betriebe die Teilnahme an der einen oder anderen Aktion blockierten, konnte das durch alle die genannten Kontakte zum Teil ersetzt werden.



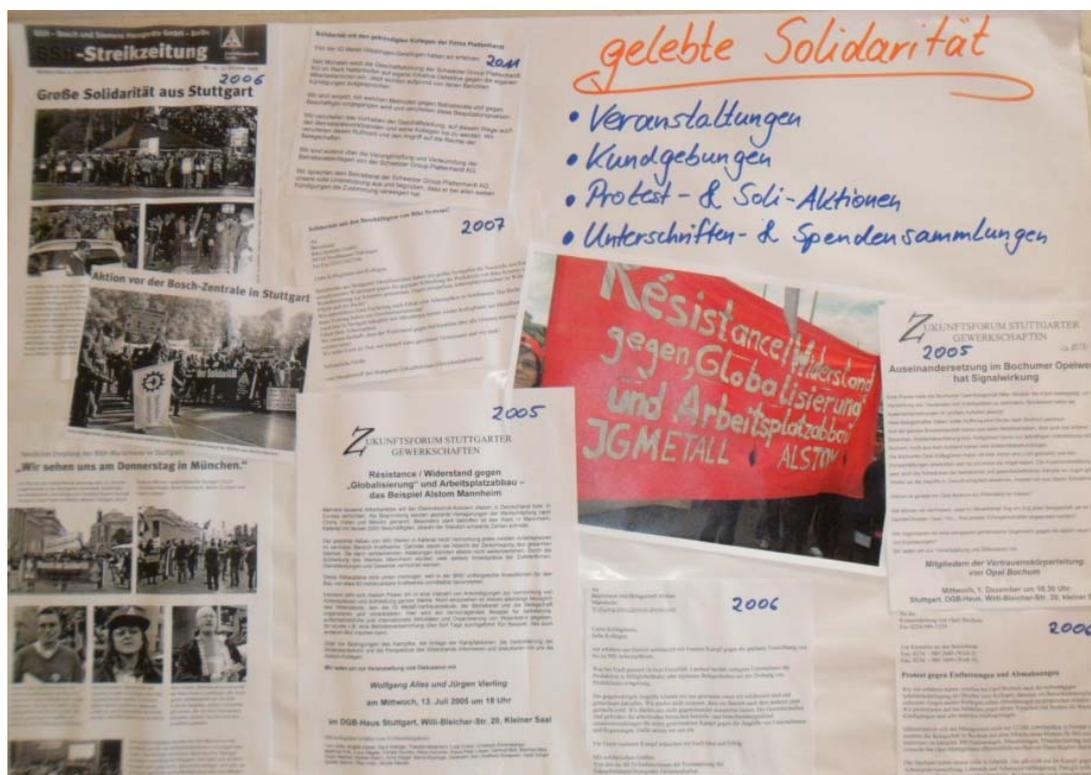
Zur zeitlichen Einordnung: Von 1984 bis 1986 war Klaus Zwickel der 1. Bevollmächtigte der IGM Stuttgart, ihm folgte Ludwig Kemeth, der Ende 1998 völlig unerwartet starb. Danach wurde Jürgen Stamm, der hier bei uns sitzt, zum 1. Bevollmächtigten gewählt. An

diese Zeit und seinen Nachfolger ab 2006, Butz Bauer, werdet ihr euch selbst noch hinreichend erinnern.

Die 80er Jahre waren eine Zeit, als es zum Beispiel bei SKF, SEL, Werner und Pfleiderer und der Trafo Union einen Funktionärsstamm gab, dessen Wortführer sich zum großen Teil als sozialistisch gesehen haben. Bei Daimler und Bosch wurde in der Ära Kemeth die Vorherrschaft der Sozialdemokraten in den Betriebsräten angeknackst. Konkret: Die Plakat-Gruppen-Mitglieder wurden 1990 wieder in die IGM aufgenommen und traten bei der Betriebsratswahl in diesem Jahr wieder auf der IG Metall-Liste an; bei Bosch wurden 1990 erstmals in einer harten Auseinandersetzung die Kandidatur der ausgesprochen linken Metaller Hasso Ehinger und Roland Saur ermöglicht, auch Roland Saur musste zuerst in die IGM wieder aufgenommen werden.

Der SEL-Betriebsrat mit seinem Vorsitzenden Alois Süß schaffte es als einziger der großen Betriebe, dass kein Tarifbeschäftigter länger arbeitete als die tarifliche Wochenarbeitszeit. Diese wurde von 1985 bis 1995 von 40 über 38,5 und 37 Stunden bis auf 35 Stunden gesenkt, es gab jedoch überall Angestellte in hohen Gehaltsgruppen, die weiterhin 40 Stunden arbeiteten – außer bei SEL, damals noch ein großer blühender Betrieb, der 1986 von der französischen Alcatel-Gruppe übernommen wurde.

Die Freiräume für die Linken in der IG Metall waren in diesen Zeiten größer als heute. Die Ortsverwaltung Stuttgart sah sich nicht zu Unrecht als kämpferische Avantgarde innerhalb der IG Metall; bis zur Ära Zambelli galt dies auch für den Bezirk Stuttgart. Es wurde auch möglich, dass Kolleginnen und Kollegen, die Anfang der 80er noch systematisch aus Betriebsräten und Vertreterversammlung herausgehalten worden waren, allmählich in diese Funktionen vorrückten.



In diesen Zeiten war es anders als seit ERA-Einführung noch in jeder Tarifrunde üblich, dass ernsthafte Auseinandersetzungen über die Struktur von Tarifforderungen, also Festgeld- oder Sockelforderungen, geführt wurden, und es wurde erfolgreich darum gekämpft, die Frauen-Lohngruppe 2 abzuschaffen. Daran war übrigens auch meine

Vorrednerin Sybille nicht unschuldig. Um die Arbeitszeit sowie um die Grenzen und den Verfall der Gleizeit gab es in jedem Betrieb bei jeder Stufe der Arbeitszeitverkürzung Auseinandersetzungen. Auch damals gab es Krisen und Personalabbau, vor allem Anfang der 1990er Jahre, und viele Aktionen dagegen.

Die bundesweiten Tendenzen zu immer mehr Sozialpartnerschaft wurden aus Stuttgart häufig kritisiert. Als sich beispielsweise Klaus Zwickel nach 2 Jahren Amtszeit als Vorsitzender der IG Metall 1995 in einer einsamen, undiskutierten Initiative für ein „Bündnis für Arbeit“ aussprach, löste dies heftigen Protest z. B. auf der Stuttgarter Delegiertenversammlung aus.

Die Altgedienten erinnern sich, dass der alte Metallertammtisch zunächst nach Gründung des Zukunftsforums, an dem sich ein viel größerer und vielfältigerer Kreis von Kollegen beteiligte, eingeschlafen ist. Man traf sich ja im Zukunftsforum. Nach einiger Zeit aber fiel es auf, dass die Beiträge und Initiativen der Linken bei den Delegierten- und anderen Funktionärsversammlungen viel zu wenig koordiniert und vorbereitet waren. So kam es zu dem Vorschlag im Zukunftsforum, dass sich die Metaller doch gesondert treffen sollten.

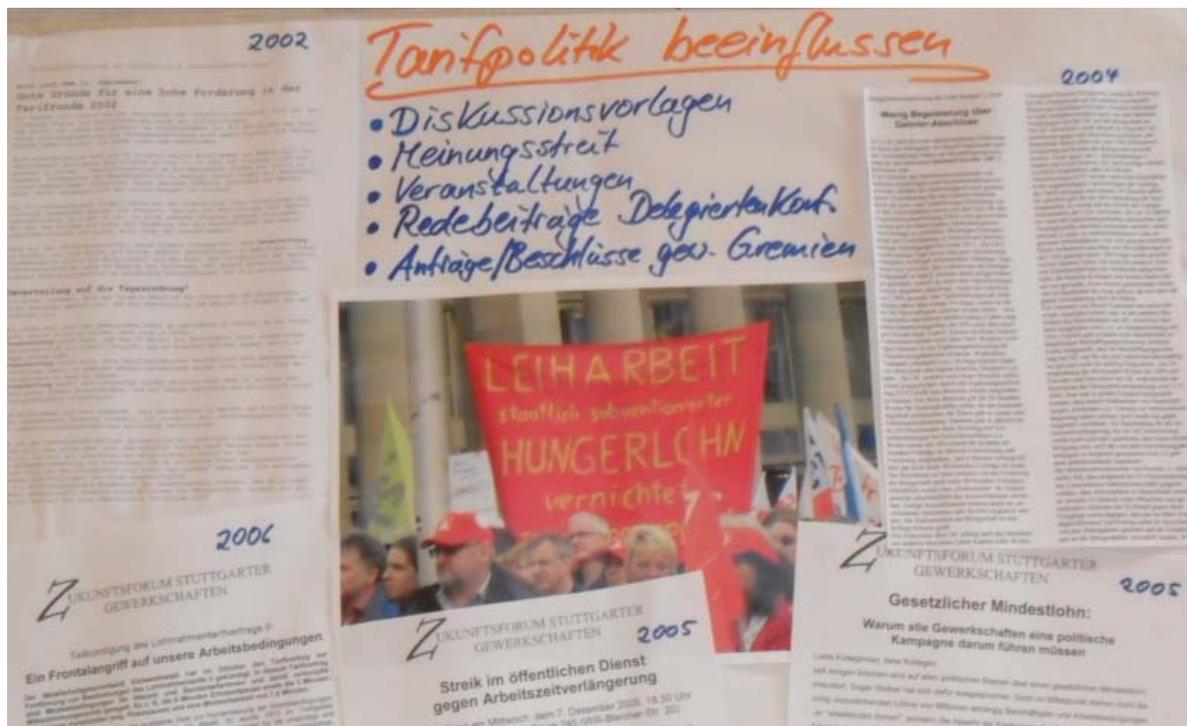
Der Anlass für eine solche Initiative waren die Auseinandersetzungen von Ende 1996 zur Verteidigung der vollen Lohnfortzahlung. Die CDU-geführte Regierung Kohl wollte damals die Lohnfortzahlung auf 80% des vollen Lohns reduzieren. Die Lohnfortzahlung war nicht nur gesetzlich, sondern auch tariflich abgesichert. Die Metallindustriellen, mit Daimler als Vorreiter, wollten jedoch die Änderung ungeachtet des Manteltarifs auch in den tarifgebundenen Betrieben anwenden. Die Empörung in den Betrieben war riesig, die IG Metall hatte es aber weder bundesweit noch in Stuttgart eilig, auf diese Absichtserklärungen hin konkrete Aktionen auszulösen. Die Daimler-Kollegen in Mettingen hatten keine Lust mehr, auf einen Aufruf zu warten, und riefen zur Aktion auf – mit großem Erfolg. Die Ortsverwaltung sah sich genötigt, ebenfalls zur Demonstration aufzurufen. Die Bewegung griff bundesweit um sich, 400 000 ArbeitnehmerInnen demonstrierten, über Hunderttausend traten in Streik, davon 25000 bei Daimler, weitere in allen großen Metallbetrieben, obwohl die Arbeitgeber die Streiks als illegal bezeichneten. Die IG Metall konnte schließlich einen Tarifvertrag abschließen, in dem die Lohnfortzahlung abgesichert wurde, und als 1998 die rosa-grüne Regierung gewählt wurde, machte sie das Gesetz insgesamt rückgängig. Die Bewegung von 1996 wurde als Anfang vom Ende der Kohl-Regierung gesehen.

Nach Antritt der SPD-Grünen-Koalition 1998 war die Gegenwehr der IG Metall-Leitung gegen den viel umfassenderen Angriff des Programms Agenda 2010 weniger massiv. Die Agenda 2010 mit Rentenreform, Riester-Rente, Gesundheitsreform und Hartz IV wurde von Arbeitsminister Walter Riester, vorher 2. Vorsitzender der IG Metall, verantwortet. Damals entstand der Spruch: Wenn die Kollegen das Wort Reform hören, wissen sie, dass sie ihren Geldbeutel festhalten müssen. An der IG Metall-Basis gab es empörte Proteste gegen Agenda 2010, an denen wir vom Metallertreff stark engagiert waren. Am 21.10.2000 brachten Kollegen und Kolleginnen aus Stuttgart, Esslingen, Waiblingen und Ludwigsburg auf einen Aufruf von uns hin bei einer regionalen IGM-Funktionärsversammlung geballten Protest einer großen Zahl von Funktionären und die Forderung nach Aktionen auf der Straße vor. Der IGM-Vorsitzende Klaus Zwickel war bei dieser spannenden Versammlung in Maichingen selbst anwesend, konnte aber den Ruf nach Aktionen nicht unterdrücken.

Ergebnis war eine Demonstration von IGM und anderen Gewerkschaften während der Arbeitszeit am 12.12.2000 in Cannstatt. Über die folgenden bundesweiten

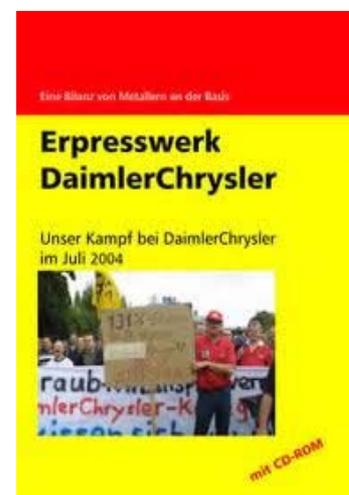
Großdemonstrationen gegen die Agenda 2010 und den Anteil des Zukunftsforums daran hat vorhin schon Sybille berichtet.

Auch in Tarifrunden konnten wir uns erfolgreich einbringen, insbesondere 2002, wo wir mit einer Unterschriftensammlung über die Gewerkschaftslinken und deren Infos bundesweit in die Forderungsdebatte eingegriffen hatten, mit der Parole "Tarifrunde von unten" und diese soweit beeinflussen konnten, dass ein Streik – wenn auch ein kurzer - durchgesetzt werden konnte. Der Metallertreff war ein tragendes Element der bundesweiten Initiative.



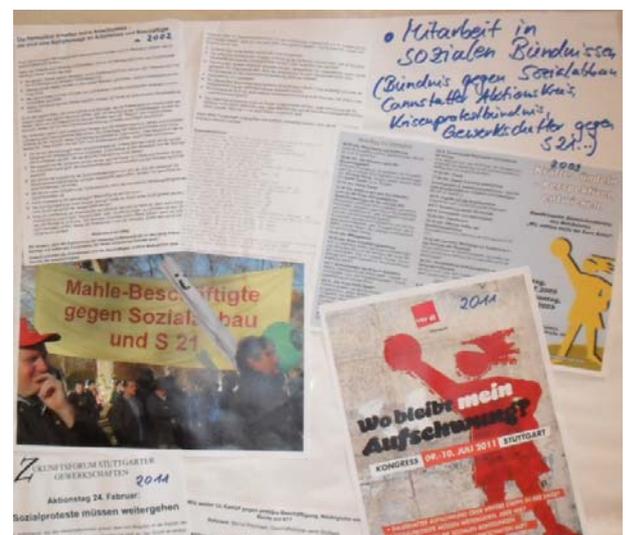
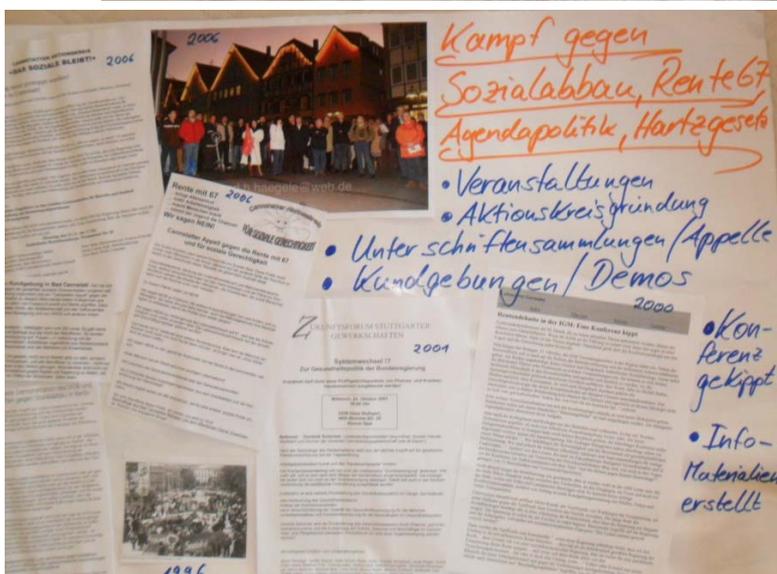
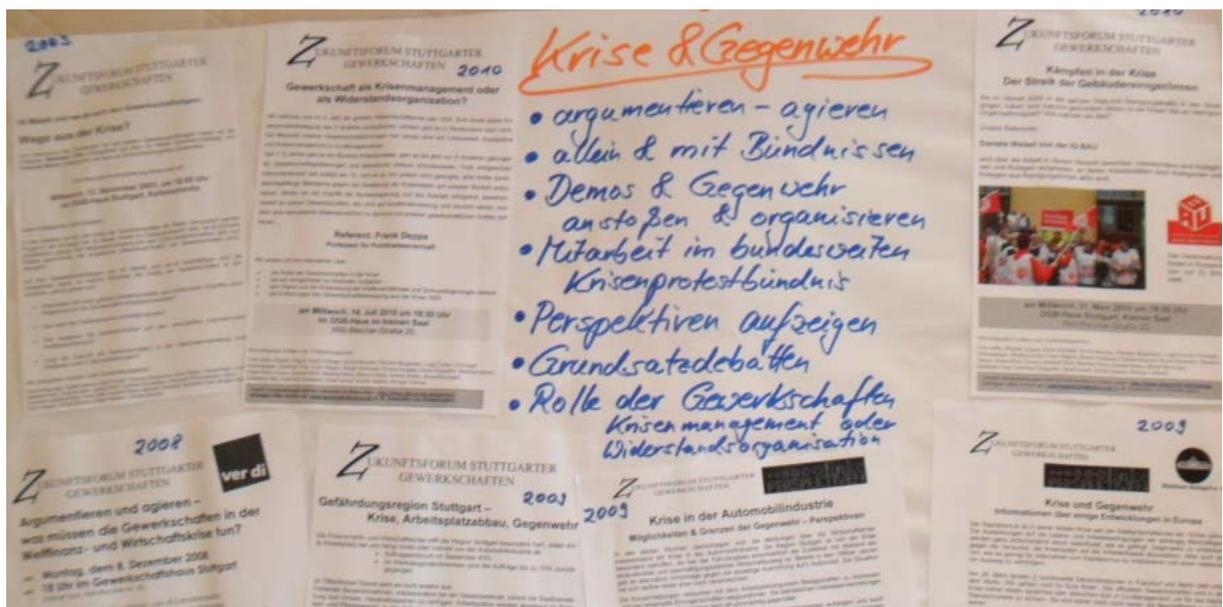
Zu den Diskussionen in der Delegiertenversammlung haben wir seit Bestehen der Metallertreffs immer wieder Anstöße geliefert. Wichtige Diskussionen auf hohem Niveau wurden unter unserem Einfluss geführt über die Ergänzungstarifverträge zu Langzeitkonten bei Bosch (2001) und über immer mehr Standortrettungs-Verträge und damit die Erosion der Flächentarifverträge. Dazu verfassten wir vor Ostern 2002 die Erklärung „Zuspitzung? Aber gerne! Ohne schlüssiges arbeitszeitpolitisches Konzept einschließlich weiterer Arbeitszeitverkürzung verliert die IG Metall ein großes Stück ihres Profils und ihrer Gestaltungskraft!“, die von einer Reihe von IGM-FunktionsträgerInnen unterschrieben wurde.

Wichtig war auch, dass wir uns auf der Delegiertenversammlung in den Streit um das „Erpresswerk“ 2004 bei Daimler mit dem legendären Marsch der Mettinger Kollegen, über die B10 - Tom Adler hier hat dabei eine wichtige Rolle gespielt -, einschalteten und die Anliegen der Kollegen der „Alternative“ unterstützten. Das Erpresswerk war ein wichtiges Beispiel für die Verbetrieblichung. Damit verbunden war auch die Kritik an dem Pforzheimer Abkommen, das im gleichen Jahr von der IG Metall mit den Metallarbeitgebern abgeschlossen wurde und das Arbeitszeitverlängerungen für hoch eingruppierte Angestellte erlaubte und z.B. dazu führte, dass bei Daimler seit 2005 für einige Bereiche ein Dienstleistungstarifvertrag angewendet wird, der schlechtere Bedingungen als für die Kernbelegschaft beinhaltet.



Erwähnen möchte ich noch unsere Unterstützung des Cannstatter Aktionskreises gegen Rente 67 seit Dezember 2006, für den Kampf um die Erhaltung von KBA seit ca. 2009 und unsere Stellungnahmen zugunsten der 2010 gekündigten Behr-Kolleginnen und Kollegen bei der Delegiertenversammlung und anderen Anlässen. Wir solidarisierten uns mit Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund von Streiks oder anderen Aktionen gekündigt oder gemäßregelt wurden, z.B. 2006 mit Opel-Kollegen, 2010 mit Kollegen der Firma Plattenhardt in Hattenhofen und mit Belegschaften von Betrieben, die um ihre Existenz kämpften wie Ford-Jaguar in Coventry 2004, Alstom 2006, Bike Systems in Thüringen 2007, Kelch Schorndorf 2010. Anstatt einer vollständigen Aufzählung möchte ich euch auf die Wandzeitungen hier verweisen, die viele unserer Aktionen dokumentieren. Dabei muss ich noch bemerken, dass Christa Hourani eine ganz tolle Arbeit dabei gemacht hat, diese Dokumente zusammenzutragen, vielen Dank dafür!

Die besten Beispiele dafür, dass die Arbeit im Metallertreff Erfolge bringt, sind in den letzten Jahren unser Einsatz in der IG Metall für Demonstrationen gegen die Bezahlung der Krise durch die ArbeitnehmerInnen und gegen Stuttgart 21, also für K21. Die Unterstützung der IG Metall für das Anti-Krisenbündnis (Stichwort „Wir zahlen nicht für Eure Krise“) war zu Beginn, insbesondere bei der Demonstration in Frankfurt am 28. März 2009, gleich Null, weitgehend war man zufrieden damit, dass die Regierung zur Zahlung von Kurzarbeitergeld bewegen werden konnte. Durch unsere hartnäckigen Forderungen nach Beteiligung der IGM an den Aktionen konnten wir erreichen, dass die IGM ebenfalls zu den Demonstrationen z.B. in Stuttgart am 13.6. 2010 aufrief und auch ernsthaft dafür mobilisierte.



Das Projekt Stuttgart 21 würde die IG Metall Stuttgart – namentlich die Kollegen Erich Klemm und Uwe Hück - ohne unseren Einsatz sicherlich so hemmungslos unterstützen, wie dies Jörg Hoffmann am Anfang der Diskussionen tat. Nur durch unsere Initiative war es möglich, bei einer Delegiertenversammlung im Frühjahr 2010 eine wenn auch kleine Mehrheit gegen S21 und für K21 zu erreichen. Wenn der damalige Beschluss auch nicht umgesetzt wird, so konnten die Befürworter von S21 in der Stuttgarter IGM und der Bezirksleitung, namentlich SPD-Hardliner und einige Hauptamtliche, in dieser Sache wenigstens neutralisiert werden. Für die vielen IGM-Kollegen, die unverdrossen zu jeder Montagsdemo kommen, sind die „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“, deren Aufrufe wir gerne mit verbreiten, ein Orientierungspunkt.

Es würde uns freuen, wenn sich daran ebenso wie an unseren anderen Initiativen noch viele weitere Metaller und Metallerinnen beteiligen würden. Wir nehmen jede Mailadresse gern in unseren Verteiler auf!



Eckpunkte für die Neuorientierung der IG Metall

1. Wir sind als ArbeitnehmerInnen und Gewerkschafter nicht mit einzelnen unfähigen oder durchgeknallten Unternehmern oder Managern konfrontiert, sondern mit einem Generalangriff des Kapitals, unterstützt von Regierung, Opposition und der Mehrheit der Medien.

Von den Kolleginnen und Kollegen des Metalltreffs des Zukunftsforum Stuttgart

2. Dagegen hilft uns kein Verzicht oder das Hoffen auf Waffenstillstand. Wir müssen überall zu kämpferischen Formen der Auseinandersetzung greifen - der Generalstreik gegen den Generalangriff muss vorbereitet werden.

3. Um aus der Kette von Verzicht, Niederlagen und Mitgliederverlusten herauszukommen, halten wir eine Wende in der IG Metall für nötig: Die Situation muss offen diskutiert werden, nichts soll beschönigt werden.



4. Wir verteidigen die 35-Stunden-Woche. Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bleibt die einzig wirksame Strategie gegen die Massenarbeitslosigkeit.



6. Gewerkschaft als die solidarische Verteidigung der Arbeitsbedingungen funktioniert besonders in Zeiten der Krise nur international.

5. Wir verteidigen die Idee des Flächenarbeitsvertrags: Gleiche Standards müssen wir gemeinsam durchsetzen – gerade durch aktive Solidarität im Häuserkampf!

7. Internationale gewerkschaftliche Kontakte und Strukturen müssen deshalb ausgebaut werden. Umgekehrt richten alle Versuche, den eigenen Standort auf Kosten der anderen zu sichern, nur Schaden für alle an. Sie zerstören letztlich die Gewerkschaft.



9. Solidarität mit den Beschäftigten aller Branchen gegen den Generalangriff des Kapitals: z.B. gegen Arbeitszeitverlängerung, Agenda 2010 oder Hartz IV - für Mindestlohn...

8. Gegen die Spaltung der Belegschaften durch die Unternehmer, setzen wir auf die Organisation der prekär Beschäftigten (Befristete, Leiharbeiter, Fremdfirmen-Beschäftigte) und das gemeinsame Handeln aller in einem Werk Arbeitenden. Unterschiedliche Tarife für Stammbeschaftung und Neueingestellte sind Spaltung. Für die Solidarität mit den Erwerbslosen.

10. Wir wollen die Auseinandersetzungen politisieren, damit die Dimension des Angriffs deutlich wird.



11. Die Jugend ist unsere Zukunft. Wir kämpfen dafür, dass jedeR Jugendliche einen Ausbildungsplatz entsprechend seinen Interessen und Neigungen erhält.

12. Die Entscheidungen in der Gewerkschaft und den betrieblichen Gremien müssen nachvollziehbar und demokratisch kontrollierbar sein. Wir verwehren uns gegen jede Repression gegen gewerkschaftliche Aktivisten.

Frank Deppe

Das Zukunftsforum wird 20 Jahre jung...

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als Helmut Schauer dem Forum zum 10. Geburtstag gratulierte, kam er aus Frankfurt – der Hochburg der Banken – in die Hochburg der Automobilindustrie (und ihrer Zulieferer) Stuttgart, in eine Hochburg der IG Metall mit einer großen Tradition klassenkämpferischer Gewerkschafter (wie z. B. Eugen Ochs, Willi Bleicher, Helmut Buck), in der er selbst als junger Metallarbeiter aufgewachsen war. Wenn ich gerade im Bahnhof



Stuttgart angekommen bin, dann wird mir unvermeidlich bewusst, dass ich mich hier an einem (schon) historischen Ort befinde; denn dieser Bahnhof wird für lange Zeit das Symbol einer breiten BürgerInnenbewegung bleiben, einer Demokratiebewegung von unten, die jetzt schon einen Platz in der Geschichte unseres Landes hat. Euer Forum ist daran beteiligt – ich will euch natürlich zum 20. Geburtstag gratulieren, aber ich gratuliere ebenso dazu, dass ihr an dieser Bewegung beteiligt seid!

Mit meinem Vortrag möchte ich euch auf eine kleine Zeitreise mitnehmen: 20 Jahre Zukunftsforum – und, ich werde auf die jeweiligen Zeitabschnitte unterschiedliche Perspektiven anlegen: eine globale, eine nationale und eine gewerkschaftliche. Natürlich bleibt da vieles grob und fragmentarisch. Da aber die meisten unter uns diese Zeit selbst aktiv miterlebt haben, wird es nicht schwer fallen, auch kurze Erinnerungen zu vergegenwärtigen und mit den eigenen Erfahrungen in Zusammenhang zu bringen.

Ich beginne mit dem Jahr 1991, dem Jahr der Gründung des Zukunftsforums Stuttgart.

Global betrachtet ist dies das Jahr der großen welthistorischen Wende, des Zusammenbruchs der Sowjetunion, der Auflösung ihres „Lagers“ und des Endes der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges, der nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmenden weltpolitischen Machtkonstellation. Die USA bleiben als einzige Supermacht übrig; es beginnt eine Periode des Kampfes um neue Weltordnungen. Die „Sieger der Geschichte“ – das System des Kapitalismus und der bürgerlich-repräsentativen Demokratie (nach angelsächsischem Vorbild) – triumphieren, feiern das angebliche „Ende der Geschichte“ (Fukuyama). Sie triumphieren über die „Verlierer“: Kommunismus, Sozialismus, Marxismus in allen seinen Varianten.

National wird die Wiedervereinigung bzw. der Anschluss der ehemaligen DDR gefeiert – nach dem amerikanischen Motto: The Winner takes all! Helmut Kohl lässt sich als den größten der deutschen Kanzler nach Bismarck feiern – Geschichtspolitik, die den Sozialismus zu einer kriminellen Veranstaltung erklären will, wird zum festen ideologischen Rüstzeug der konservativ-liberalen Kräfte. Mit der Wiedervereinigung und der Öffnung Mittel- und Osteuropas steht auch die Neuordnung Europas mit einem stärkeren Gewicht Deutschlands auf der Tagesordnung. Der Maastricht-Vertrag stellt die Weichen für die Wirtschafts- und Währungs-Union, aber auch für die Osterweiterung der EU. Gleichzeitig bereitet er die heutigen Krisen in der EU vor. Die Sozialdemokratien passen sich an die neue Weltlage schnell an: führende Vertreter wie Felipe Gonzales, Tony Blair, dann Gerhard Schröder vertreten als Regierungschefs eine radikal neoliberale Politik, die insbesondere den globalen Finanzmarktkapitalismus (und seine nationalen Standorte) stärken soll.

Was bedeuten die 90er Jahre für die **Gewerkschaften**?

- International (vor allem in Westeuropa) befinden sich die meisten Gewerkschaften in einer tiefen Krise (Mitgliederverluste, sinkende Durchsetzungsmacht, sinkendes Ansehen).
- In der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm des DGB fordert der DGB-Vorsitzende: Anpassen oder Untergehen, d.h. Akzeptanz von Standort- und Wettbewerbsdenken („Wettbewerbskorporatismus“) sowie von Co-Management für die Betriebsräte.

- Der Gewerkschaftsaufbau im Osten bedeutet eine gewaltige organisationspolitische Aufgabe, die zunächst viele neue Mitglieder bringt, aber bald zur Schwächung der Gewerkschaften (durch Mitgliederverluste, Niederlagen in Auseinandersetzungen um Beschäftigungssicherung) führt; der Osten wird zum Exerzierplatz für das Kapital, um auch im Westen anzugreifen und sich dabei auf die Ausweitung der Prekarisierung, tariffreier Zonen, Abbau sozialstaatlicher Leistungen etc. zu stützen.
- In der IG Metall findet an der Spitze der (nicht geplante) Wechsel von Steinkühler zu Zwickel statt. Dieser verkündet das „Bündnis für Arbeit“, d. h. ein Angebot an die Unternehmer und den Staat, durch eine „Tarifpolitik der Vernunft“, d.h. durch Lohnzurückhaltung Arbeitsplätze zu sichern. Diese Politik scheiterte gründlich, entwertete aber die Tarifpolitik der IG Metall, stärkte die Verbetrieblichung und damit die Machtposition der großen Betriebsräte in der Organisation. Die zunehmende Entpolitisierung wurde jetzt mit der notwendigen Konzentration auf das „Kerngeschäft“ begründet.
- Schließlich: die zweite Hälfte der 90er Jahre sind die Gründungsperiode von ver.di – eine Geburt, die auch durch die Schwäche der beteiligten Gewerkschaften beschleunigt wurde, die aber auch die Chance zu einem neuen Typus von gewerkschaftlicher Organisation und Interessenvertretung in neuen Feldern eröffnet. Wichtige Vertreter des linken Flügels der DGB-Gewerkschaften (aus der IG Druck und Papier- bzw. IG Medien-Tradition, wie Detlef Hensche und Manfred Balder, aber auch z. B. Lorenz Schwegler von der HBV) scheiden aus!

Fassen wir erst einmal zusammen: das Jahrzehnt, in dem das Zukunftsforum gegründet wird, zeichnet sich durch das Bewusstsein aus, dass wir angesichts des Übergangs in eine neue Epoche der Weltgeschichte (das klingt bombastisch, ist aber wahr!) mit vielen neuen Fragen konfrontiert werden – nach innen: Veränderungen im Arbeitsprozess, neue Kapitalismusformation (Finanzmarktkapitalismus); Hegemonie des Neoliberalismus (Abbau von Sozialstaatlichkeit, Angriffe auf die Gewerkschaften, Privatisierungswellen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes usw. usf.) – nach außen: Veränderung der Weltordnung, Dynamisierung der europäischen Integration, immer deutlichere Verschiebung des weltwirtschaftlichen Kraftzentrums der Weltwirtschaft nach Ostasien (das ist aus heutiger Sicht sehr viel besser zu erkennen!). Für die Linken (und das Zukunftsforum hat sich stets so verstanden) stellen sich bittere Fragen: Analyse der veränderten Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, Aufarbeitung der Niederlagen, Schaffung von „Stützpunkten“, in denen diese schwierige Arbeit an den neuen Fragen für GewerkschafterInnen überhaupt möglich ist. Das Zukunftsforum war und ist ein solcher Stützpunkt!

Richten wir nun unsere Aufmerksamkeit jetzt auf das zweite Jahrzehnt, das mit dem Jahr 2001 beginnt:

Von **globaler** Bedeutung ist der 11.9.2001, der Terrorangriff auf das New Yorker World Trade Centre und die Eröffnung des weltweiten Krieges der USA (und ihrer Verbündeten) gegen den Terrorismus (Afghanistan, Irak u.a.), der bis heute anhält und (zusammen mit dem Terrorismus, den er eher stark gemacht hat) zur Barbarisierung der Politik, aber auch zum Ansehensverlust und zum Niedergang der USA beigetragen hat. Nunmehr wird – mit dem Übergang ins neue Jahrhundert – der Aufstieg Ostasiens und von China offensichtlich. In Lateinamerika setzt sich - zunächst zögernd – ein Linksschwenk mit verschiedenen Facetten durch (von eher sozialdemokratischen Regimes in Argentinien und Brasilien bis zu Regimes, die sich als sozialistisch und revolutionär bezeichnen). Die EU entwickelt sich sehr dynamisch (Osterweiterung, Einführung des Euro, Lissabon-Vertrag) – allerdings nimmt auch die Unzufriedenheit vieler Menschen über die Europapolitik (Osterweiterung, Einführung des Euro usw.) ständig zu.

- Der Finanzmarktkapitalismus, einige nennen ihn mit Recht das „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Peter Gowan) ist voll entfaltet. Jetzt entfalten sich aber auch mit aller Macht seine Krisentendenzen und Widersprüche: 2001 die sog. dot.com-Krise in den USA, mit der der Höhenflug der Börsen endet und gleichzeitig mit dem Geld, das Alan Greenspan (als Notenbankpräsident der USA) in den Markt hineinpumpt (um die Nachfrage zu stabilisieren), die Große Krise von 2007 ff. vorbereitet wird. Gleichzeitig verfällt die neoliberale Hegemonie langsam; denn sowohl die Ketten der Finanzkrisen seit den 80er Jahren, die Umverteilung von unten nach oben, der Abbau des Sozialstaates und die sog. „Gerechtigkeitslücke“ rufen Protest und Widerstand hervor. Die Zahl der Generalstreiks in Europa (z.B. wegen der Verlängerung des Renteneintrittsalters und der zunehmenden Privatisierung der Altersversorgung oder auch wegen

der Privatisierung im Gesundheitswesen) nimmt zu. Der französische Soziologie Pierre Bourdieu spricht 1995 zu den streikenden Arbeitern im Gare du Nord in Paris – er fordert die Intellektuellen auf, sich mit den Kämpfen der Arbeiter für die Erhaltung des Sozialstaates zu solidarisieren!

- Der Linksschwenk in Lateinamerika weitet sich aus (auf Bolivien, Ecuador etc.); seit Seattle (1999) entwickelt sich die globalisierungskritische Bewegung (Attac: Porto Alegre: „Die Welt ist keine Ware“; „Eine andere Welt ist möglich“). Zu den G-7-Treffen der führenden kapitalistischen Staaten finden unter diesen Losungen Massendemonstrationen statt.

Auf der nationalen Ebene: In Deutschland kommt 1998 (bis 2005) eine „rot-grüne“ Regierung unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer an die Macht. Außenpolitisch beteiligt sich diese Regierung (als erste) am Jugoslawien- und Afghanistan-Krieg; innen- und sozialpolitisch bricht sie mit der Agenda 2010 und der Riester-Rentenreform mit zentralen Grundsätzen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates; sie ermöglicht die Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors (Prekarisierung) und sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Liberalisierung der Finanzmärkte, die wenige Jahre später die Große Krise herbeiführt. Dagegen – vor allem gegen die Rente mit 67 - formiert sich Widerstand von Seiten der Gewerkschaften; Schröder bezeichnet in seiner Autobiographie die Vorsitzenden von IG Metall und ver.di (Peters und Bsirske) als seine entschiedensten Gegner. Schröder wird Mitglied der Gewerkschaft BCE unter Hubertus Schmoldt! Die SPD hat zwischen 1990 und 2008 400.000 Mitglieder verloren – darunter viele Gewerkschafter! 2004 wird von Gewerkschaftern – überwiegend aus der IG Metall – die WASG gegründet, die sich 2007 mit der PDS zur Partei Die Linke vereint, die jetzt von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi geführt wird und die bei der Bundestagswahl 2009 11,9 % der Stimmen erreicht. Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der SPD, die 2005 in eine Große Koalition mit der CDU unter Merkel eintritt, gilt bis zur Wahl von Sigmar Gabriel zum Parteivorsitzenden (2009) als „zerrüttet“.

Die Entwicklung der **Gewerkschaften** in dieser Zeit ist – auf durchaus widersprüchliche Weise – mit der Politik der Schröder-Regierung verbunden; denn der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Walter Riester (ein alter Stuttgarter Bekannter), ist Minister für Arbeit und Sozialordnung, und er steht gleichzeitig („Riester-Rente“) für die Öffnung der Alterssicherungssysteme für die privaten Finanzmarktakteure.

- 2001 ist das Jahr der ver.di-Gründung. Es entsteht eine große Gewerkschaft, in der jedoch nach wie vor die Sonderinteressen der Ursprungsgewerkschaften wirken (teilweise lähmend; „Matrix“). Die Mitgliederverluste haben sich in der jüngsten Zeit verlangsamt; dennoch: von 2,8 (2001) auf 2,09 Mio. (2010), minus ein Drittel – das ist schon ziemlich hart! Ver.di ist im Dienstleistungssektor mit all den Widersprüchen und Herausforderungen konfrontiert, die der „Turbokapitalismus“ reproduziert: Prekarität, Fiskalkrise des Staates, Krisen im Gesundheits- und Wissenschaftssystem – aber auch die Niedriglöhne der Beschäftigten (vor allem von Frauen) im Einzelhandel und die unerträglichen Arbeitsbedingungen sowie die miserable Bezahlung der Menschen, die in den Pflegeberufen, als Krankenschwestern, in der vorschulischen Erziehung usw. arbeiten. Auf der anderen Seite Erfolge bei der Organisierung und Interessenvertretung gerade in diesen neuen Segmenten des Arbeitsmarktes; viele neue Arbeitskämpferfahrungen (das jüngste Beispiel der Streik der Journalisten); auch neue Erfahrungen in den Organizing-Kampagnen. Immer wieder trifft man junge Menschen, die aus den verschiedenen Bewegungskulturen der Linken kommen, als Funktionäre (bzw. als angehende Funktionäre) bei ver.di. Das macht Hoffnung!

- Die IG Metall wurde durch die Auseinandersetzung um die Zwickel-Nachfolge (vor dem Hintergrund des gescheiterten Streiks um die 35-Stunden-Woche im Osten, im Jahre 2003) teilweise gelähmt; unter Peters und Huber setzt sich dann jedoch eine Konsolidierung ihrer Macht durch. Die Tendenz, die sich schon vorher mit der Verbetrieblichung und der Konzentration aufs „Kerngeschäft“ durchsetzte, verstärkt sich allerdings – vor allem auf der Ebene wichtiger Bezirke und Verwaltungsstellen (mit den Hochburgen der Automobilindustrie).

- Es bilden sich konkurrierende Gewerkschaften außerhalb des DGB (Lokführer, Gesundheitswesen, Fluglotsen etc.). Diese schwächen einerseits das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, andererseits machen sie auf Defizite in der Politik der DGB-Gewerkschaften aufmerksam.

Dieser Überblick ist bestimmt nicht vollständig – aber, wir können doch schon einen Trend erkennen. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts weicht der Triumph von 1991 allmählich einer Ernüchterung. Der Kapitalismus – so schien es – hat sich aller seiner Gegner entledigt; er wälzt als „Turbokapitalismus“ alles nieder, was sich ihm möglicherweise entgegenstellen könnte. Dennoch, gerade darin entfaltet er seine Widersprüche, in denen immer auch die „Grenzen des Kapitals“ (David Harvey) zum Ausdruck kommen. Zu diesen Widersprüchen gehören die Veränderungen im Weltsystem (Abstieg der USA, Aufstieg Chinas, Linksentwicklung in Lateinamerika, die Formierung der Schwellenländer, BRIC-Staaten usw.) auf der einen – die Formierung von Protest und Widerstand gegen Krisen, soziale Ungerechtigkeit, den Abbau von Sozialstaat und die Krise der Demokratie auf der andere Seite. Die Gründung und frühen Erfolge der Partei Die Linke in Deutschland sind u.a. Ausdruck dieser Entwicklung; an diesem Erfolg (mit beschränkter Wirkung) sind (vor allem im Westen) viele GewerkschafterInnen beteiligt; allerdings haben linke Gewerkschafter (zumal die, die aus der IG Metall kommen) in der Partei mehr Einfluss als in ihrer Gewerkschaft; dort ist – auch generationsbedingt – in den letzten 10 Jahren ihr Einfluss eher schwächer geworden.

Jetzt befinden wir uns **im Jahre 2011**. Auf der **globalen** Ebene dominiert die Erfahrung der Großen Krise seit 2008. Sie begann als Immobilien- und Finanzkrise, setzte sich als Wachstumseinbruch im Jahre 2008 fort und erweiterte sich danach zur Fiskal- und Staatskrise, die sich ihrerseits mehr und mehr mit einer Gesellschaftskrise verbindet. Seit 2010/11 steht die Euro-Krise im Mittelpunkt, die sowohl einzelne, überschuldete Mitgliedstaaten der EU als auch – ab 2011 – wieder große europäische Banken betrifft. Die Krise wird mehr und mehr als *systemische Krise* wahrgenommen, in der sich die finanziellen, ökonomischen und sozialen Krisenprozesse in der Welt mit den ökologischen Schädigungen, der Erschöpfung der Ölreserven und der „Verslummung der Welt“ (Mike Davis) verbindet. Dazu verläuft die Krise ungleichmäßig: sie betrifft vor allem die USA und Westeuropa (mit den Problemen der EU-Peripherie), während die Schwellenländer und insbesondere China nach einem kurzen Kriseneinbruch (2008) auf einen schnellen Wachstumspfad zurückgekehrt sind und außerdem gewaltige Ressourcen für die Entwicklung der Nachfrage und ihres Binnenmarktes investiert haben.

Die Demokratiebewegungen im nordafrikanisch-arabischen Raum (seit 2010) waren einerseits eine Reaktion auf die Diktaturen und die Massenarmut in ihren Ländern, andererseits waren sie ebenso eine Reaktion auf die Krise und die (spekulativ bedingte) Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel. Ihr Ausgang ist noch offen, obwohl schon jetzt eine Veränderung der Macht- und Kräfteverhältnisse im Nahen Osten und zu Ungunsten von Israel (und seiner Verbündeten, d.h. vor allem der USA) zu erkennen ist.

Die Bundesrepublik Deutschland kommt nach einem Wachstumseinbruch 2008 schnell aus der Krise heraus; der Export boomt, die Arbeitslosigkeit geht langsam zurück; die Regierenden sprechen schon von einem „neuen Wirtschaftswunder“. Dennoch: der Jubel bleibt verhalten, denn die Krise ist keineswegs überwunden: (a) schon kündigt sich ein erneuter Konjunkturabschwung (weltweit) an („dubble dip“); der „Exportweltmeister“ ist mehr und mehr von den Schwellenländern (China u.a.) abhängig; (b) die tiefe Krise des EU-Projektes verlangt von Deutschland eine Führungsrolle, die mit der Bereitschaft zur Erweiterung der Kompetenz der EU-Institutionen und zur finanziellen Unterstützung schwächerer Länder verbunden ist; beides stößt intern auf heftigen Widerstand, während die Vorgaben, die die deutsche Regierung den Schuldnerländern zum Sparen auferlegt, dort die Kritik an Deutschland aufpeitscht. Im Innern wird die Politik des Schuldenabbaus (mit der Konsequenz des Sparens im öffentlichen Dienst und weiterer Privatisierung) forciert; auf dem Arbeitsmarkt nimmt die prekäre Beschäftigung zu.

Der Vertrauensverlust der „politischen Klasse“ trifft bei Wahlen vor allem die regierenden Parteien. Die SPD bereitet sich auf die Regierungsübernahme (Neuaufgabe: „rot-grün“) vor. Unter Gabriel ist sie etwas nach links gerückt; mit Steinbrück und Steinmeier stehen allerdings die Architekten der Schröder-Politik (Agenda 2010, Liberalisierung der Finanzmärkte) bereit. Der Druck der Demokratiebewegungen und der Anti-AKW-Bewegung (nach Fukushima) hat zugenommen, vor allem die Grünen gestärkt (Baden-Württemberg). Die DGB-Gewerkschaften spielen bei der Mobilisierung von Bewegungen gegen das Schuldenmanagement und die Euro-Krise nur eine

marginale Rolle. Die Partei DIE LINKE stagniert nach den Wahlerfolgen bis 2010, muss Niederlagen hinnehmen und schwächt sich durch innere Auseinandersetzungen und nicht immer überzeugende Führung.

Die **Gewerkschaften** sind selbstbewusster geworden. Sie feiern den „Krisenkorporatismus“ der Jahre 2008/09 als Erfolg (der ihnen auch von der Kanzlerin und vom Bundespräsidenten bescheinigt wird!). Sie wissen um das gewachsene Ansehen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit und können sogar gelegentlich von Mitgliederzuwächsen berichten – auch als Folge von erfolgreichen „Organizing-Kampagnen“. Gleichzeitig sind sie nach wie vor mit ihrer eigenen Schwäche und mit neuen Herausforderungen (auf die sie oftmals strategisch keine Antwort haben) konfrontiert. Sie verfügen nicht über die Macht, die Verteilungsverhältnisse zugunsten der Lohneinkommen und der Binnenkonjunktur zu verändern; ohnmächtig sind sie den Krisen des Finanzmarktkapitalismus ausgesetzt und auf das Krisenmanagement der Regierung, das auf die Sanierung der Banken ausgerichtet ist, haben (bzw. nehmen) sie keinen Einfluss. Im Gegenteil: die Politik der „Schuldenbremse“ (zu Hause und in der EU) verstärkt die Abhängigkeit vom Export, schwächt die Binnennachfrage, fördert neue Privatisierungswellen und die Einschränkung von Leistungen im öffentlichen Dienst. Dabei verstärkt sich die Spaltung zwischen dem (noch boomenden) exportorientierten Industriesektor, in dem überwiegend die IG Metall tätig ist, und dem (binnenmarktorientierten) Dienstleistungssektor, in dem sich zugleich die Probleme der Niedriglöhne, der Prekarität, der Migration etc. konzentrieren - und in dem die Gewerkschaft ver.di sich mit ganz neuen Fragen der Organisation und Interessenvertretung der Lohnabhängigen und der Ausgegrenzten zu befassen hat. Die zunehmende Entfremdung - gelegentlich auch schon polemische Abgrenzung – zwischen diesen beiden Großgewerkschaften würde den DGB noch weiter schwächen; eine kluge politische Führung müsste dem entgegenwirken! In den Führungen der Gewerkschaften gibt es Strömungen, die eine engere Beziehung zu den sozialen Bewegungen und eine stärkere Position in der „Mosaik-Linken“ (Urban) anstreben - in den Machtzentren der Gewerkschaften (zu denen auch die Betriebsräte der Großbetriebe gehören) dominieren freilich jene Kräfte, die die Konzentration auf's „Kerngeschäft“ fördern, den Wettbewerbskorporatismus (bzw. „Co-Management“) als Handlungsorientierung voll verinnerlicht haben und auch auf eine Erneuerung der „Familienbande“ mit der SPD hoffen.

Ich fasse zusammen. Was lehrt uns der Rückblick auf die vergangenen 20 Jahre? Es gibt einen roten Faden, die Bewegung einer „Konjunkturwelle“, deren Basis („in letzter Instanz“, Friedrich Engels) der ökonomische und politische Zyklus der Entwicklung des Kapitalismus seit 1991 bildet: vom Triumph über den Sozialismus im ersten Jahrzehnt zur Entfaltung der inneren Widersprüche der neuen Formation (weltweit und national) im Übergang ins neue Jahrhundert. Schließlich der „Absturz“ in der Großen Krise seit 2008, mit dem einerseits die ideologische Anziehungskraft des Neoliberalismus endgültig gebrochen wurde, aber andererseits realpolitisch die Systemreparatur nach wie vor von Politikern vorgenommen wird, die den Finanzmarktkapitalismus retten wollen.

Die Notwendigkeit des Umbaus, einer sozialökonomischen und politischen Wende, auch einer über den Kapitalismus hinausgehenden Veränderung der Produktionsweise, der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse wird nicht nur in den (globalen) sozialen Bewegungen von unten, in der politischen Linken und in Teilen der Gewerkschaftsbewegungen (in der ganzen Welt) diskutiert, ohne dass es schon in den Metropolen des Kapitals gelungen wäre, tiefgreifende Veränderungen in den gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen durchzusetzen. Daran zu arbeiten, ist Aufgabe der Linken innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Ich denke, dass dies auch das übergreifende Thema der Arbeit des Stuttgarter Zukunftsforums ist und sein wird. Wir können uns dabei von einem Satz inspirieren lassen, den der Schriftsteller Günter Grass im Juli 2011 in einer Rede vor der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche formuliert hat: „Das Auseinanderdriften in eine Klassengesellschaft mit verarmender Mehrheit und sich absondernder reicher Oberschicht, der Schuldenberg, dessen Gipfel mittlerweile von einer Wolke aus Nullen verhüllt ist, die Unfähigkeit und dargestellte Ohnmacht frei gewählter Parlamentarier gegenüber der geballten Macht der Interessenverbände und nicht zuletzt der Würgegriff der Banken machen aus meiner Sicht die Notwendigkeit vordringlich, etwas bislang Unausprechliches zu tun, nämlich die Systemfrage zu stellen“.